

What is Europe if you take away Mitbestimmung?

Auch in diesem Jahr besuchten die Studierenden *die International and European Public Services Organisation (ipso)*, die Gewerkschaft der Mitarbeiter*innen der Europäischen Zentralbank.

Die EAdA-Studierenden wurden am 6. August von den ipso-Vizepräsidenten Jörn Paulini und Carlos Bowles, sowie Véronique Michel und Bernhard Stricker, die dem Vorstand angehören sehr freundlich begrüßt.



Die Veranstaltung begann mit der Vorstellung der Referent*innen und einer Einführung in die Arbeit der ipso.



Von links: Véronique Michel, Bernhard Stricker, Jörn Paulini und Carlos Bowles

Die Gewerkschaft hat mittlerweile einen vergleichsweise sogar recht hohen Organisationsgrad von 10% erreicht. Der größten Mittgliedergewinne wurden erreicht, als die Arbeitgeberseite ab dem Jahr 2007 versucht hatte, eine Kürzung der Pensionen unter dem Deckmantel der „Reform“ zu verkaufen. Auch die Gründung einer arbeitgebernahen Gewerkschaft konnte verhindert werden.

Doch das schärfste Schwert der Gewerkschaft ist ihre gut funktionierende Öffentlichkeitsarbeit.

Denn die EZB ist exterritoriales Gebiet, was bedeutet, dass die deutsche Gesetzgebung in ihr keine Anwendung findet. Somit gibt es auch kein Betriebsverfassungsgesetz und das „staff committee“ genannte Personalvertretungsgremium entspricht nur ungefähr dem, was wir uns unter einem Betriebsrat vorstellen.

Diesem gegenüber steht ein Direktorium, das zwar vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit ausgewählt und ernannt wird, aber gegenüber seinen Untergebenen mit einer nahezu absolutistischen Macht ausgestattet ist und wenig Interesse zeigt, sich mit der Personalvertretung auseinanderzusetzen. Es stellt in der EZB gleichzeitig den Arbeitgeber, die Gerichtsbarkeit und die Exekutive.



Beschwerden über Personalentscheidungen können der Personalabteilung zur erneuten Überprüfung vorgelegt werden und als nächsthöhere Instanz dem Direktorium. Darüber steht nur noch der EuGH.

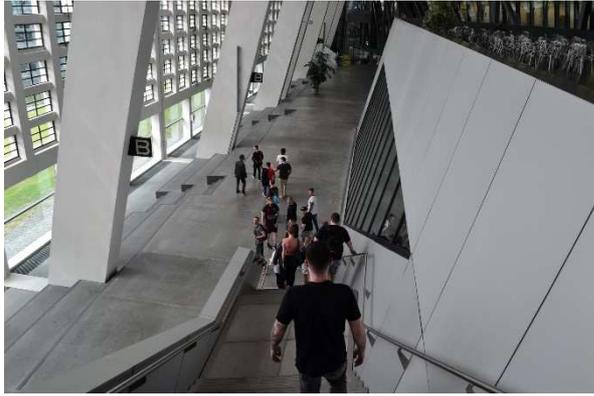
Doch die Kolleg*innen sagten uns, sie wollten ihre Grundrechte nicht an der Tür zur EZB abgeben und daher kämpfen sie weiter für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Fast nur durch öffentlichen Druck lassen sich Misstände in der Unternehmensführung der EZB bekämpfen, da diese zwar nicht durch nationale Normen und Gesetze eingeschränkt wird, das Direktorium aber immer sehr um seine Reputation besorgt ist.



Und Misstände gibt es genug. Immer noch arbeiten 50% der Angestellten ohne feste Verträge, 10% sind sogar nur Trainees. Umso stärker ist die psychische Belastung, Fälle von Burnout häufen sich. Jedoch Mitarbeiter*innen, die Angst vor dem Jobverlust haben, neigen dazu, sich nicht über die Arbeitsbedingungen zu beschweren, fürchten sich davor,

sich gewerkschaftlich zu organisieren. Noch nicht einmal davor, schwangeren Mitarbeiterinnen zu kündigen schreckt die Personalabteilung zurück. Auch nach dem Ausscheiden aus der EZB sind die Mitarbeiter*innen nicht vor ihrem Zugriff geschützt, so könnte der Arbeitgeber nachträglich noch die Rente kürzen, ohne von einer nationalen Gerichtsbarkeit daran gehindert zu werden.



Carlos Bowles stellte den Studierenden zurecht die rhetorische Frage: „What is Europe if you take away Mitbestimmung?“

Und in der Tat, das demokratische Defizit hat die Studierenden der EAdA tief erschüttert. Wir haben in der EZB ein gutes Beispiel dafür gesehen, dass alle Rechte, die wir im heutigen Arbeitsleben genießen nicht einfach gewährt wurden, sondern in langwierigen Kämpfen erstritten werden mussten. Diesen Eindruck konnte auch die beeindruckende Architektur der EZB nicht trügen.

